

Außenwirtschaftsbeziehungen machen deutlich, daß zunächst Gemeinsamkeiten überwogen, 1968 aber vor allem die KSČ die Zügel lockerte und den Unternehmen mehr Eigenverantwortlichkeit gewährte. Ähnlich verhielt es sich bezüglich der Kaderpolitik, die Alena Mířková und Peter E. Fässler behandeln. Zwar wurde in der Tschechoslowakei die politische Linientreue mit der Zeit etwas geringer gewichtet als in der DDR – in beiden Staaten stand aber ohnehin die fachliche Qualität der Kader immer stärker im Vordergrund. In der Tschechoslowakei wurden 1968 sogar häufig Kaderakten vernichtet, doch kam die Reform „von oben“ nicht in ausreichendem Maße „unten“ an. Hier muß allerdings auch die Kürze des Zeitraums in Betracht gezogen werden, der den Reformern 1968/69 vergönnt war.

Ein besonders interessanter Aspekt der Reformen sind die Sozial- und die Konsumpolitik, mit denen die Gesellschaften stabilisiert werden sollten. Ihnen gehen Jiří Kocián und Peter Hübner nach. Die Erfolge der Bemühungen um eine Ausweitung der Konsumgüterversorgung waren allerdings bescheiden, zumal die Leistungsfähigkeit der beiden Wirtschaftssysteme hier kaum Spielräume bot. Allerdings gewann diese „weiche Stabilisierung“ der Parteierrschaft in den 1970er Jahren in beiden Staaten wieder an Bedeutung. Auch hier zeigen sich also deutliche Parallelen. Größere Unterschiede lassen sich hingegen im Zusammenhang der betrieblichen Selbstverwaltung und der Gewerkschaftsreform erkennen, die Jiří Pernes und Friederike Sattler beschreiben. Hier sahen sich die tschechoslowakischen Gewerkschaftsfunktionäre einem wesentlich höheren Reformdruck ausgesetzt als ihre ostdeutschen Genossen. Dies entspricht dem Befund, daß die politische Liberalisierung in der Tschechoslowakei nun einmal weiter fortgeschritten war als in der DDR – was sich zwangsläufig auch auf die Wirtschaftsreformen auswirkte. In der DDR hätten sich die Maßnahmen „in einer gewissen Flexibilisierung der Machttechniken“ erschöpft, so Boyer. In beiden Fällen scheiterten aber schließlich alle weiterreichenden Ambitionen am Machtanspruch der Partei.

Die jeweils gegeneinander gestellten Beiträge zur Entwicklung in der DDR und in der Tschechoslowakei belegen somit viele Gemeinsamkeiten in den allgemeinen Reformbedingungen und -instrumenten, zeigen aber im Detail die tendenziell größere Reformbereitschaft in der Tschechoslowakei. Die kenntnisreiche Einführung Boyers beruht zum größten Teil auf den im Band versammelten Studien, so daß eine Gesamtschau über die Prozesse der Wirtschaftsreformen gleich zu Beginn möglich ist und einen Orientierungsrahmen bietet, der eine Einordnung der Fallbeispiele bei der weiteren Lektüre wesentlich erleichtert. Wünschenswert wäre bei künftigen Darstellungen dieser Art allerdings auch eine Berücksichtigung der gegenseitigen Wahrnehmung der Reformen in den zu vergleichenden Staaten. Eine Antwort auf die Frage, ob einzelne Reformschritte in anderen Blockstaaten abgelehnt oder als Anreiz für die eigenen Pläne diskutiert wurden, könnte einen aufschlußreichen Einblick in die direkten und indirekten Austauschprozesse innerhalb des östlichen Bündnisses geben.

Prag

Volker Zimmermann

**Jan C. Behrends: Die erfundene Freundschaft.** Propaganda für die Sowjetunion in Polen und in der DDR. (Zeithistorische Studien, Bd. 32.) Böhlau Verlag. Köln – Weimar – Wien 2006. 438 S., s/w Abb. (€ 49,90.)

Die „Freundschaft“ zwischen sozialistischen Staaten gilt im allgemeinen als ein reines Propagandakonstrukt. Insofern scheint es nur konsequent zu sein, daß sich bisher nur wenige Historiker mit diesem Aspekt der Beziehungsgeschichte innerhalb des östlichen Lagers befaßt haben. Eine solche Forschungslücke ist bei näherer Betrachtung allerdings kaum zu rechtfertigen: Schließlich sollte die „Freundschaft“ einerseits den Beziehungen auf Staatsebene ein gesellschaftliches Fundament geben und andererseits die jeweilige Parteierrschaft unter Verweis auf die feste Verankerung in einem Bündnis von Gleichgesinnten legitimieren. Die Freundschaftspropaganda gehörte somit zur Praxis sozialistischer

Herrschaft jenseits staatlicher Zwangsmaßnahmen. Zumindest ihre Ziele, Instrumente und Entwicklungsphasen sowie – wenngleich schwieriger zu erfassen – auch die Rezeption und die Wirkung der Propaganda sind also durchaus lohnenswerte Gegenstände der historischen Forschung.

Schon deshalb ist die Studie von Jan C. Behrends über die Propaganda für die Sowjetunion in Polen und in der DDR eine Bereicherung. Methodisch formuliert der Autor einen hohen Anspruch: Erstens erfasse er das Thema beziehungsgeschichtlich, zweitens transnational und drittens vergleichend. In der Tat ermöglicht die gewählte Konstellation einen großen Erkenntnisgewinn, da gleichzeitig die Propagandamechanismen, die grenzüberschreitende Etablierung verschiedener Bilder sowie Ähnlichkeiten und Unterschiede in beiden Staaten in den Blick genommen werden können. B. untersucht hierzu die Mittel der Propaganda wie Massenorganisationen, Feste und Kampagnen, die Konstruktion der „Freundschaft“ durch von der Sowjetunion übernommene und eigene Diskurse sowie zuletzt die Rezeption dieser Bemühungen. Da Dokumente, die zuverlässig und ungeschönt Auskunft über die Bevölkerungsmeinung in sozialistischen Staaten geben, schwer zu finden sind, greift der Vf. auf verschiedene Quellengattungen zurück und sucht diesbezügliche Informationen unter anderem in Berichten der Parteien und Massenorganisationen sowie in Tagebüchern von Politikern und Intellektuellen.

B. hat die Zeit von 1939 bis 1944 in einem eigenen Kapitel „Propaganda und Krieg“ in seine Untersuchung einbezogen. Hier geht es um die Determinanten, die später das Empfinden der angesprochenen Bevölkerungen gegenüber den neuen sowjetischen „Freunden“ bestimmten: Die Haltung diesen gegenüber war schließlich in großen Teilen der polnischen sowie der deutschen Bevölkerung aus unterschiedlichen Gründen alles andere als freundlich. Den Kontrast dazu bildeten die im Moskauer Exil agierenden polnischen und deutschen Kommunisten, die in diesem Zusammenhang ebenfalls berücksichtigt werden. Im zweiten Kapitel über die Sowjetunion in der Propaganda der Nachkriegszeit zeigt B., wie polnische und deutsche Verfasser die östliche Führungsmacht als „utopischen Ort“ priesen. Anschließend führt er den Leser über die Kapitel „Die Erfindung der Freundschaft 1944-1949“ und „Die Große Freundschaft 1949-1955“ zu den „Krisen der Freundschaft“, die er in Stalins Tod, dem 17. Juni 1953 sowie dem Jahr 1956 sieht. Den Abschluß bildet ein längerer Epilog, der die Zeit von 1957 bis 1989 behandelt.

Detailliert wird unter anderem die Rolle der deutsch-sowjetischen und der polnisch-sowjetischen Freundschaftsgesellschaften beschrieben, die der Bevölkerung die Sowjetunion als Partner nahebringen sollten. Zu Beginn zielten sie vor allem auf Intellektuelle, doch mit der Zeit wandelten sie sich zu bedeutenden Massenorganisationen, die nun die gesamte Bevölkerung anzusprechen versuchten. Dabei argumentierte man zunächst in den beiden Staaten auf sehr unterschiedliche Weise: In Polen spielten unter anderem der Panslawismus und die Betonung der Notwendigkeit einer intensiven Zusammenarbeit mit Moskau eine Rolle. Letzteres Element ist zwar in der Propaganda der SBZ ebenfalls zu entdecken, aber erst ab 1947. Zunächst standen dort die Schlagworte kulturelle Erneuerung und Antifaschismus im Vordergrund. Bezeichnenderweise verblaßten die Unterschiede mit der zunehmenden Festigung der sowjetischen Vorherrschaft – nun dominierte der Stalin-Kult. In den offiziell befreundeten Staaten DDR und Polen bedeutete allerdings auch dies etwas anderes: In Polen wurde die Stalinsche Politik als Schutz vor einer erneuten deutschen Aggression verkauft, während Stalin in der DDR offiziell als Wahrer der deutschen Einheit galt. Beides verdeutlicht den instrumentellen Charakter der Propagandastrategien.

Nach Ansicht des Vf.s waren beide Staaten seit 1949 „in die Symbol- und Diskursgemeinschaft der *Großen Freundschaft* integriert“ (S. 167), die Propaganda in Polen und in der DDR habe sich daher stark geähnelt. Hier wie dort sei versucht worden, die sozialistische Herrschaft durch nationalistische Rhetorik und einen „Sowjetuniondiskurs“ zu legitimieren. Ein Unterschied habe dabei in der Geschwindigkeit der Sowjetisierung bestanden: In Polen sei diese schneller fortgeschritten, in der DDR sei wegen der Deutschlandpolitik

Moskaus zurückhaltender verfahren worden. Die Antwort auf die Frage, inwiefern diese Propaganda denn mittels der erwähnten Freundschaftsgesellschaften und der ebenfalls intensiv analysierten Massenkampagnen erfolgreich war, kann angesichts der schwierigen Quellenlage nur andeutungsweise beantwortet werden. Von einem Feind zum Freund wandelte sich die sowjetische Hegemonialmacht für einen großen Teil der Polen und Deutschen aber offensichtlich nicht, was wenig überraschen mag: Die negativen historischen Erfahrungen und die darauf aufbauenden Bilder standen dem entgegen. Insofern mögen zwar Millionen Menschen zum Beispiel während der inszenierten Freundschaftsmonate mobilisiert worden sein, doch waren vielen die in diesem Rahmen organisierten Kulturveranstaltungen wichtiger als die politische Botschaft. Nachdem schließlich angesichts des 17. Juni 1953 und der Ereignisse in Polen 1956 die mangelnde Basis der Freundschaft deutlich zutage getreten sei, hätten die „Endlosschleifen der Propaganda“ (S. 377) der folgenden Zeit bis 1989 die Distanz der Bevölkerungen zur Herrschaft eher noch verstärkt – trotz einiger neuer Akzentuierungen vermochten sie auch in dieser Phase kaum zu überzeugen.

Die gut lesbare Studie beruht auf der Auswertung von Dokumenten aus russischen, polnischen und deutschen Archiven und zeichnet sich somit durch eine vielseitige Perspektive aus. Zu wünschen wäre, daß mehr Darstellungen ähnlicher Art unsere Sicht auf die Vergangenheit des östlichen Bündnisses um wichtige Erkenntnisse bereichern. Denn ob die Menschen durch die Propaganda an eine Freundschaft mit der Sowjetunion glaubten oder nicht: Was das jeweilige Regime von ihnen als offizielle Haltung einforderte, hatte es mit Hilfe der Massenorganisationen und durch die Kampagnen formuliert – und damit die Grenzen des Erlaubten und Unerlaubten klar aufgezeigt.

Prag

Volker Zimmermann

**Birte Pusback: Stadt als Heimat.** Die Danziger Denkmalpflege zwischen 1933 und 1939. Böhlau Verlag. Köln – Weimar – Wien 2006. 341 S., zahlr. s/w Abb. (€ 44,90.)

Während die Danziger Architektur- und Kunstgeschichte des Mittelalters und der frühen Neuzeit sowohl für die deutsche als auch die polnische Kunstgeschichtsforschung ein immer wieder gern bearbeitetes Untersuchungsgebiet darstellt, blieb das Danzig des 19. und 20. Jh.s, bis auf die kritische Auseinandersetzung mit dem Wiederaufbau der Stadt nach 1945, weitgehend von der Kunstgeschichtsschreibung unbeachtet. Erst in den letzten Jahren mehrten sich in der polnischen Forschung Arbeiten etwa zum Danziger Historismus oder zur Siedlungsarchitektur der Zwischenkriegszeit. Mit ihrer vorliegenden Publikation fügt Birte Pusback nun von deutscher Seite einen Beitrag zur Architekturgeschichte Danzigs im 20. Jh. hinzu.

Der Titel „Stadt als Heimat. Danziger Denkmalpflege 1933-1939“ läßt eine Nahstudie erwarten, in der die Frage nach einer ideologischen Durchdringung und Neudefinition von Stadt und Heimat unter den Bedingungen des Nationalsozialismus gestellt und deren Verflechtung mit der Arbeit der Danziger Denkmalpflege, etwa im Sinne eines diskursiven Prozesses, untersucht wird. Mit der Einleitung korrigiert P. jedoch sogleich diese Erwartungen: Nicht um Stadt als Ganzes geht es, sondern um Altstadt. Nicht das Arbeitsfeld der Denkmalpflege in seiner ganzen Breite wird in den Blick genommen, sondern der Fokus richtet sich auf das spezifische Problem der „Altstadtsanierung“. Diese wiederum soll auf ihren Anteil an einer aktiven NS-Kulturpolitik, insbesondere auf ihren „Heimat“ stiftenden Aspekt hin befragt werden (S. 13).

Mit der sog. „Altstadtsanierung“ richteten die Stadtplaner nach den im 19. Jh. in Angriff genommenen weiträumigen Stadterweiterungen ihren planerischen Blick nunmehr auf die historischen und lange Zeit vernachlässigten Stadtzentren. Sie ist als ein Teil einer verkehrstechnischen, sozialen und wirtschaftlichen Integration des gesamten Stadtkörpers zu verstehen, die auf eine funktionale Entflechtung des Stadtraumes abzielte. P. greift, indem sie die „Altstadtsanierung“ in das Zentrum ihrer Arbeit stellt, ein bisher von der For-